



**NUR MIT UNS!**

**Soziale Gerechtigkeit, Vielfalt und Frieden.**



## **DIE LINKE als moderner Robin Hood** **Millionärsteuer: Den Reichen nehmen** **Gebührenfreie Kitas: Den Menschen geben**

**Liebe Leserin! Lieber Leser!**

**SPD und GRÜNE haben** den anderen Parteien den Haushalt nach dem Motto >friss oder stirb< vorgelegt und damit **Neuwahlen erzwungen**. DIE LINKE hat immer betont, dass sie Neuwahlen für unnötig hält, aber sie auch nicht zu fürchten braucht. Wir lassen uns für Mandate nicht kaufen. Deshalb haben wir auch die **Diätenerhöhung nicht mitgemacht**.

Im rot-grünen Haushalt sollten die Mittel zur Bekämpfung der Kinderarmut um 70 Prozent gekürzt werden. Sozialabbau ist mit der LINKEN nicht zu machen! DIE LINKE hat realistische und verhandelbare Forderungen an die Landesregierung gestellt: Mit einem Teil der vorhandenen Steuermehreinnahmen wäre es leicht gewesen mehr Mittel für den sozialen Wohnungsbau, die Kommunen, Personal im Bereich der Kinderbetreuung sowie für die

Einführung eines landesweiten Sozialtickets bereit zu stellen.

In allen entscheidenden Fragen, in denen wir mit SPD und Grünen eine Politik für die Mehrheit der Menschen machen konnten, hat DIE LINKE dies vorangetrieben: Abschaffung der Studiengebühren bereits im Wintersemester 2011/2012, mehr Mitbestimmung im Öffentlichen Dienst und Einführung des vergabespezifischen Mindestlohns bei öffentlichen Aufträgen. **Je stärker DIE LINKE desto sozialer das Land!**

Der Landtag darf nicht allein den Hartz-IV-Parteien überlassen werden! SPD, CDU, GRÜNE und FDP stehen für Privatisierungen, Sozial- und Personalabbau. **Nur DIE LINKE ist original sozial!**

**Unser Ziel ist ein guter, gebührenfreier Kita-Platz für jedes Kind.** Dazu brauchen wir eine hohe pädagogische Qualität und

entsprechend gut ausgebildetes Personal. NRW ist bundesweit das Schlusslicht in Ausstattung und Anzahl von Kita-Plätzen.

**Höhere Löhne** und bessere Arbeitsbedingungen sind problemlos finanzierbar, wenn der Reichtum dieser Gesellschaft gerecht verteilt wird.

**Die Wahl am 13. Mai ist eine Richtungsentscheidung: Entweder wird brutal gekürzt oder die Einnahmen werden deutlich angehoben.** Nur durch eine höhere Besteuerung der großen Einkommen und Vermögen kann der Haushalt saniert werden. Eine Schuldenbremse ohne **Millionärsteuer** hieße, das Land kaputt zu sparen, während die Reichen immer reicher werden.

Wir LINKEN stehen für einen flächendeckend ausgebauten, bezahlbaren öffentlichen Nahverkehr.

**Einen guten Kita-Platz für jedes Kind?**  
**NUR MIT UNS!**

**Gute Arbeit, gutes Leben?**  
**NUR MIT UNS!**

**Millionärsteuer?**  
**NUR MIT UNS!**

**Ein landesweites Sozialticket für 15 Euro?**  
**NUR MIT UNS!**

*Neben der Landespolitik bieten wir in dieser Linksblick-Ausgabe wieder Einblicke in das **Engagement der LINKEN im Kreis Soest** inner- und außerhalb der Rathäuser.*

*Über Rückmeldungen würden wir uns freuen. Für alle geleistete ehrenamtliche Mithilfe bei der Erstellung und Verteilung dieser Zeitung bedanken wir uns!*

*Die Linksblick-Redaktion*

**Am 13. Mai wählen gehen!**  
**Je stärker DIE LINKE desto sozialer das Land.**





Mitglieder der LINKEN im Kreis Soest besuchten den Landesparteitag in Hagen

**Wir machen Druck. DIE LINKE.**

## DIE LINKE: Unsere Kandidaten im Kreis Soest

### Winfried Hagenkötter

*Direktkandidat im Wahlkreis 119 (Soest I): Bad Sassendorf, Ense, Lippetal, Möhnesee, Soest, Welver, Werl und Wickede (Ruhr)*



- 44 Jahre, verlebensepartnert, keine Kinder
- Mitglied des Rates der Stadt Soest und Fraktionsvorsitzender
- Geschäftsführer des AStA der Fachhochschule Münster

### Liebe Wählerinnen und Wähler!

Ich setzte mich im Soester Stadtrat erfolgreich für die Einführung des SoestPASSES ein und will mich im Landtag für ein landesweites Sozialticket für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) engagieren. Im Hartz IV Regelsatz sind ca. 15,- Euro für den ÖPNV vorgesehen, dann darf ein Sozialticket nicht mehr kosten.

Auch der in den Städten und Gemeinden spürbar gewordene Mangel an bezahlbarem und sozial gefördertem Wohnraum motiviert mich in den Landtag zu gehen, denn dort wird

über die Bereitstellung der finanziellen Mittel entschieden.

Das Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderung verpflichtet die ganze Gesellschaft, Inklusion und Teilhabe umzusetzen, das heißt u.a. die Schulen stehen allen Kindern und Jugendlichen offen, Behinderten und Nichtbehinderten. Ein finanzielles Austrocknen der Förderschulen darf es dennoch nicht geben! Ich setze mich dafür ein, dass Inklusion nicht zum Bildungs-Sparmodell verkommt.

Herzliche Grüße

Winfried Hagenkötter  
Paderborner Landstraße 30  
59494 Soest  
Telefon 02921 5901059  
Handy 0174 8231307  
winfried.hagenkoetter@die-linke-soest.de

### Manfred Weretecki

*Landesliste Platz 24 und Direktkandidat im Wahlkreis 120 (Soest II): Anröchte, Erwitte, Geseke, Lippstadt, Rüthen und Warstein*



- 56 Jahre, verheiratet, 1 Sohn
- Mitglied des Kreistages und Fraktionsvorsitzender
- Vorsitzender DIE LINKE. Kreisverband Soest
- Telekommunikationstechniker, Betriebsrat, ehrenamtlicher Arbeits- & Sozialrichter
- Vorstandsmitglied des ver.di Bezirks Hellweg-Hochsauerland

*„Es ist nicht Deine Schuld, dass die Welt ist wie sie ist, es wär´ nur Deine Schuld, wenn sie so bleibt.“ (Die Ärzte)*

### Liebe Bürgerinnen und Bürger!

Dieser Spruch ist zu meinem Lebensmotto geworden und treibt mich bei meinen politischen Aktivitäten an. Im Soester Kreistag kämpfe ich häufig gegen eine Wand von Unverständnis,

gerade deshalb ist es wichtig bei Themen wie Armutsbekämpfung, Bleiberecht oder dem Erhalt der Natur - insbesondere des Warsteiner Trinkwassers - hartnäckig zu bleiben.

Im Landtag NRW würde ich gerne die vorgenannten Themen des Kreises Soest eine Ebene weiterbringen. Ich würde mich in Düsseldorf zudem für erweiterte Mitbestimmung sowie für mehr statt weniger tariflich bezahlte Arbeitsplätze im Öffentlichem Dienst, z.B. in Kindertagesstätten, einsetzen. Nur DIE LINKE kämpft konsequent dafür, dass prekäre Beschäftigung zurück gedrängt wird.

Mit freundlichen Grüßen

Manfred Weretecki  
Redderweg 7  
59581 Warstein-Sichtigvor  
Telefon 02925 3311  
Handy 0171 7805901  
manfred.weretecki@t-online.de

## NRW braucht Druck von links!

**NRW** Die Fraktion DIE LINKE im Landtag von NRW hat gegen den Haushaltsentwurf der Landesregierung gestimmt: Im Landeshaushalt 2012 waren Steuermehreinnahmen von 4,1 Milliarden veranschlagt. Nur ein Bruchteil davon wäre nötig gewesen, um zum Beispiel ein Sozialticket, mehr gute Kita-Plätze oder dringend benötigte Sozialwohnungen für die Menschen in NRW möglich zu machen.

SPD und GRÜNE versuchen ihr eigenes Scheitern den anderen Parteien in die Schuhe zu schieben. Die Wahrheit ist eine andere: Sie selbst haben die 45 Millionen Euro teure Neuwahl provoziert. Alle Gespräche über den vorgelegten Landeshaushalt 2012 waren Scheinverhandlungen. Sylvia Löhrmann (Grüne): „Es gab eine verbindliche Absprache mit der SPD, dass wir es den Oppositionsparteien nicht erlauben, die Preise hochzutreiben.“

SPD und Grüne waren aber bereits auf einen harten Kürzungskurs umgeschwenkt und entschlossen, unerlässliche soziale Ausgaben und Investitionen zu verweigern.

Wir LINKEN sagen: Die öffentlichen Haushalte sind unterfinanziert. Grund sind Steuergeschenke für die Reichen und Rettungsschirme für die Banken. Wir brauchen endlich einen Rettungsschirm für die Mehrheit der Menschen und für die besonders Benachteiligten. Unsere Schuldenbremse heißt Millionärssteuer.

Wir LINKEN stehen zu unseren Programmen und Forderungen auch nach der Wahl. Dafür haben Sie / habt Ihr uns gewählt. Wir lassen uns nicht verbiegen. Wir lassen uns für Mandate nicht kaufen. Deshalb haben wir auch die Diätenerhöhung nicht mitgemacht. Wir LINKEN bleiben unbestechlich sozial.

DIE LINKE macht Druck: Abschaffung der Studiengebühren und Kopfnoten, vergabespezifischer Mindestlohn, mehr Mitbestimmung im Öffentlichen Dienst, Abschaffung der Residenzpflicht für Asylsuchende, Möglichkeit der Abwahl von Oberbürgermeistern/-innen wie in Duisburg – all das hätte es ohne DIE LINKE im Parlament nicht gegeben.

NRW braucht weiter Druck von links. Deshalb: Am 13. Mai DIE LINKE wählen!





## Leiharbeit verbieten!

Die bittere Gratulation der LINKEN gilt zum 10-jähriges Bestehen der Hella-eigenen Leiharbeitsfirma avitea. Durch die Repressionen der Hartz-Gesetze werden immer mehr Menschen in den Niedriglohnsektor gezwungen. Leiharbeit bedeutet für die Betroffenen Unsicherheit, Niedriglöhne und oft Ungleichbehandlung am Arbeitsplatz. Die Beschäftigten können sich gewerkschaftlich orga-

nisieren um ihre Lage zu verbessern. Letztendlich müssen aber andere Gesetze im Bundestag verabschiedet werden, die dem Heuern und Feuern sowie dem Lohndumping Einhalt gebieten. Leiharbeit muss verboten werden und alle Beschäftigten sollen in ein festes Arbeitsverhältnis übernommen werden! Es muss wieder gelten: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!



## bunt statt braun

Am 11.02.2012 beteiligten sich zahlreiche Soesterinnen und Soester an Aktivitäten gegen einen Neonazi-Aufmarsch in der Kreisstadt. Die Nazis kamen nicht durch zu einer Lokalität, wo sie den Tod eines Schülers für ihre menschenverachtende Ideologie instrumentalisieren wollten. Es ist ein Fortschritt, dass alle Ratsfraktionen zu den Protesten unter

dem Motto „BUNT STATT BRAUN“ aufgerufen hatten, sich Vereine, Initiativen und Religionsgemeinschaften beteiligten, und dieses Jahr den Nazis nicht die Innenstadt überlassen wurde. Mitglieder der LINKEN aus dem ganzen Kreis Soest unterstützten die Aktivitäten. Die Bundestagsabgeordnete Kathrin Vogler (DIE LINKE) sprach bei der Kundgebung auf dem Marktplatz.



## Gleicher Lohn für Frauen & Männer!

Vom 1. Januar bis zum 23. März arbeiten Frauen statistisch ohne Entgelt. Das Datum des „Tages für gleiche Bezahlung“ (Equal Pay Day) in Deutschland richtet sich nach dem hiesigen Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern von 23 Prozent. Damit die Lohndiskriminierung von Frauen nicht so bleibt, veranstalteten wir auf dem Soester Markt eine Kundgebung. Dabei wirkten die LINKEN-Bundesvorsitzende

MdB Gesine Lötzsch sowie Bärbel Beuermann, Ko-Vorsitzende der Linksfraktion im Landtag NRW, in ihrer kabarettistischen Rolle als „Reinigungsfachkraft Else“ mit. DIE LINKE fordert die Abschaffung der 400-Euro-Jobs und einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 10 Euro pro Stunde für weibliche und männliche Beschäftigte. Arbeit muss existenzsichernd sein!



## Solidarität mit den Schlecker-Frauen

DIE LINKE im Kreis Soest ist solidarisch mit den Schlecker-Beschäftigten und ist für den Erhalt des kundenfreundlichen dezentralen Filialnetzes. Die Mitarbeiterinnen haben der Familie Schlecker eines der größten Vermögen in Deutschland erarbeitet. Dieses soll für den Erhalt der Arbeitsplätze herangezogen werden! Nun ist die Transfergesellschaft für alle Schlecker-Beschäftigten an der

FDP gescheitert. Für Banken und Hoteliers gibt es von dieser Partei immer genug Geld, aber nicht für Menschen, die wirklich in Not sind, wie die Schlecker-Frauen. DIE LINKE in NRW fordert Unterstützung für eine NRW-Transfergesellschaft. Nach der Milliarde für die WestLB soll die Landesregierung nun klar machen, dass ihr Rettungsschirme für Beschäftigte wichtiger sind als Rettungsschirme für Banken.



## Wessen Euro wird da gerettet?!

Die Geschäftsstelle der LINKEN in Soest hat noch nie einen so großen Besucherandrang erlebt wie bei der Diskussion mit Sahra Wagenknecht im März 2012. Die Vize-Vorsitzende der Linksfraktion im Bundestag erklärte: „Die enorme Zunahme der Staatsverschuldung liegt an der Politik der Agenda 2010, am Steuerdumping und an der Bankenrettung. Wessen Euro wird da eigentlich gerettet!? Nicht der Euro der kleinen

Leute! Der Euro braucht eine gemeinsame Wirtschafts- und Sozialpolitik: Das deutsche Lohndumping muss durch Einführung des Mindestlohnes gestoppt werden. Löhne müssen überall in Europa mindestens in Höhe der Produktivitätssteigerung und der Inflation steigen! Die Staatsverschuldung sind die nicht mehr gezahlten Steuern der Reichen. Wir brauchen wieder einen Spitzensteuersatz von 53 %!“



## Occupy: Menschen vor Profite!

Vor der Deutschen Bank Filiale in Werl zeigten Protestierer im November 2011 Schilder wie „Das Leben ist kein BONIhof“, „Menschen vor Profite“, „Mehr Geld für Bildung, nicht für Banken“, „Banken entmachten“, „Reichtum besteuern“ und „Zockerei verbieten“. DIE LINKE ist Teil der weltweiten Occupy-Bewegung und wird sich an den Protesten gegen die europäische Verarmungspolitik und die Bankenrettung am 18. &

19. Mai in Frankfurt am Main beteiligen. Es muss verhindert werden, dass die Kosten der wiederholten Bankenrettung und die daraus folgende Schulden- und Eurokrise auf die kleinen Leute abgewälzt wird. Wir brauchen eine Finanztransaktions- und Millionärssteuer damit die Verursacher der Krise zur Finanzierung herangezogen werden. Banken dürfen nicht so groß sein, dass sie die Politik bestimmen.





## KINDER- UND JUGENDLITERATUR



### Kinderfreundliches Lippstadt?!

**LIPPSTADT** Im Gegensatz zu anderen Städten wie Soest, Hamm, Gütersloh, Warstein oder Paderborn ist die Ausleihe von Büchern in der Lippstädter Thomas-Valentin-Stadtbücherei für Kinder und Jugendliche seit 2010 nicht mehr gebührenbefreit!

Wenn sich ein 12-Jähriger einen Harry-Potter-Band oder ein WAS-IST-WAS-Buch ausleihen will, werden vier Euro Ausleihgebühr fällig. Das muss abgeschafft werden!

Für Kinder muss der Zugang zu Lesestoff, also Bildung so einfach wie möglich und kostenlos sein! In der Schul- und Kulturausschusssitzung am 20. März 2012 beantragte DIE LINKE: „Bei Kindern biseinschließlich 12 Jahre entfällt die Ausleihgebühr für Kinder- und Jugendliteratur.“ Der Antrag wurde in der angeblich so kinderfreundlichen Stadt Lippstadt von ALLEN anderen Parteien abgelehnt. Die sogenannten „bildungsfernen Schichten“ sollen wohl bildungsfern bleiben.



### Sozialabbau zurück nehmen! DIE LINKE lehnt den Haushalt 2012 ab

**LIPPSTADT** Von der finanziellen Situation der Stadt Lippstadt können andere Kommunen nur träumen: gestiegene Einnahmen, sinkende Schulden und Null Kassenkredite. Vor diesem Hintergrund ist es noch sichtbarer geworden, wie unsozial und ungerecht der von den anderen Fraktionen verabschiedete Horrorkatalog „Haushaltssicherungsprogramm“ ist.

Die Ratsmehrheit war aber nicht bereit Schluss zu machen mit Sozialabbau. DIE LINKE beantragte

unter anderem die Gebühren- und Entgelterhöhungen bei Bücherei, Musikschule & VHS zurückzunehmen, den Familienpass auszubauen, die Elternbeiträge für Geschwisterkinder abzuschaffen, eine Weihnachtsbeihilfe für arme Kinder einzuführen, ein Kultur- und Bürgerzentrum in der Kernstadt auf den Weg zu bringen sowie die Regenwasser- und Schmutzwassergebühren wieder zu senken.

Letzteres fand eine Mehrheit, weil dies auch die SPD beantragt hatte.



### DIE LINKE. Ortsverband Lippstadt

Offene Treffen der  
Lippstädter LINKEN

Interessierte sind herzlich  
willkommen!

Dienstag 08.05.12 um 19:30 Uhr  
Dienstag 05.06.12 um 19:30 Uhr  
jeweils im Brauhaus Thombansen,  
Lange Straße 3



Kontakt:  
Michael Bruns  
Nußbaumallee 45  
59557 Lippstadt  
Handy 0170 7545045  
michael.brun75@gmail.com

DIE LINKE. Ratsfraktion Lippstadt  
Geiststraße 2  
59555 Lippstadt

Fraktionssitzungen jeweils 16:30  
Uhr montags vor Hauptausschuss  
oder Ratssitzungen



### Ein Gesamtschulplatz für jedes Kind!

**LIPPSTADT** Zum Schuljahr 2011/12 haben 77 Kinder, zum Schuljahr 2012/13 35 Kinder an der städtischen Gesamtschule keinen Platz bekommen, wurden abgelehnt.

DIE LINKE fordert die städtische Gesamtschule so auszubauen, dass die Nachfrage gedeckt wird: Mindestens die 5-Zügigkeit der Sekundarstufe I soll sicher gestellt sein! Der Neubau sollte zudem so konzipiert werden, dass eine spätere Erweiterung

auf 6 Züge problemlos möglich ist! Die verschiedenen Varianten für den Gesamtschulneubau sollten mit Bürgerinnen und Bürgern diskutiert werden. Besonders die Meinung der Eltern der Grundschul Kinder ist wichtig. Ihre Kinder sollen nicht weiter abgelehnt werden.

DIE LINKE favorisiert den Standort Ulmenstraße wegen der guten Ausbaumöglichkeiten, der Verkehrsanbindung und den Kosten.



### Keine Zockerei mit Steuergeldern!

**LIPPSTADT** Es ist unverantwortlich mit Steuergeldern zu zocken. Deshalb ist es auch verboten. DIE LINKE war immer gegen die riskanten Zinsderivate-Geschäfte der Stadt. Rat und Verwaltung haben jahrelang die Augen zugemacht, die Nachrichten von Millionenverlusten aus anderen Kommunen ignoriert, und so riskiert die Stadt Lippstadt zu ruinieren. Bürgermeister Sommer und Kämmerer Strotmeier müssen zur Rechenschaft gezogen werden! Mutmaßlich wurde ohne die nötige Beteiligung des Rates gehandelt, gegen das Spekulationsverbot der Gemeinde-Verfassung sowie gegen den Krediterlass des Landes verstoßen. Der Stadt drohen nun über 12 Millionen Euro Verluste

aus dem sogenannten „Schulden-Portfolio-Management“ der WestLB. Von spekulativen Geschäften die man nicht versteht, hätte man die Finger lassen müssen!

DIE LINKE hat schnell gehandelt: Unser Antrag, weitere Geschäfte unter Ratsvorbehalt zu stellen, wurde beschlossen. Erschreckend ist jedoch, wie sich die Ratsmehrheit bemüht, die Sache unter den Teppich zu kehren: Diejenigen im Rat, die sich um Transparenz und Aufklärung bemühen, werden an den Pranger gestellt. Die Prüfung von Dienstvergehen und möglichen Regressansprüchen wurde abgelehnt. Der Bericht der Rechnungsprüfung bleibt geheim.



### Kein E-Center am Waldschlößchen!

**LIPPSTADT** Das Vorhaben, am Waldschlößchen einen großflächigen Supermarkt zu bauen, gefährdet Nahversorgermärkte wie Markant, Elli, den integrativen Carekauf und andere kleine Geschäfte im Norden. Zusätzliche Kaufkraft ist nicht vorhanden. Die Wege zum Einkaufen würden weiter. Mehr Verkehr ist den AnwohnerInnen nicht zumutbar. Großflächiger Einzelhandel bedeutet Rationalisierung und Arbeitsplatzabbau. Der LINKEN gehen Menschen vor Profite! Es ist sachlich nicht geboten, die Entscheidung über das Einzelhandelskonzept der Entscheidung über das E-Center unterzuordnen. Für DIE LINKE gilt sowohl am Güter als auch im Norden: Kleinteilig Wohnen, Arbeiten, Freizeit, Kultur und Einkaufen.







## Verkehrsinfarkt durch Kress verhindern

**SOEST** Seit dem die Planungen für das Kress-Mode-Center in der Soester Innenstadt laufen, sind die Bürgerinnen und Bürger der Soester Innenstadt in heller Aufruhr.

Nach dem Willen des Investors Kress soll das Center eine Tiefgarage mit über 100 Parkplätzen beinhalten. Er sieht kein Problem darin, dass die einzige Zufahrt zur Tiefgarage über die Walburgerstraße führt, obwohl dort jetzt schon drangvolle Enge herrscht. In den Spitzenzeiten rollen pro Stunde über 300 Fahrzeuge durch die Walburgerstraße, durch das Kress-Mode-Center kommen weitere 80 Fahrzeuge pro Stunde hinzu!

Hauptproblem einer Lösung sind die alten Pläne zur Verkehrsberuhigung der Soester Innenstadt. In den 80er Jahren hatte die Stadt die sogenannte „Schleifenlösung“ entwickelt: Jede Hauptzufahrt sollte auch an einer anderen Stelle wieder aus der engen

Stadt herausgeführt werden. Nur für die Walburgerstraße konnte damals keine Lösung gefunden werden, sodass jeder, der über diese in die Stadt hinein fährt, auch wieder über sie hinaus fahren muss.

Wobei jeder weiß, dass die Walburgerstraße wegen ihrer Enge dafür kaum geeignet ist. An einer Stelle (siehe Bild) ist die Walburgerstraße so eng, dass der Begegnungsverkehr nicht gleichzeitig die Engstelle passieren kann, es sei denn, die PKWs benutzen die Gehwege links und rechts mit, was ihnen durch abgesenkte Bordsteine erleichtert wird. Probleme die sich daraus für Passanten ergeben, sind der Stadt scheinbar egal. Für Blinde und Rollstuhlfahrer/innen ist diese Stelle sogar lebensgefährlich.

Neben dem C&A-Parkplatz und dem Schweinemarkt gibt es auch den Parkplatz an der Deutschen Bank und einer Vielzahl einzelner Stellplätze,

was vermutlich der Hauptgrund für die drangvolle Enge ist. Jetzt soll auch noch eine Tiefgarage mit weiteren 100 Stellplätzen hinzu kommen.

Die Stadtverwaltung und mit ihr der Investor scheinen aus dem Mode-Center eine Art Drive-in machen zu wollen. Die Kunden sollen mit ihrem Auto bis vor die Ladentheke fahren können!

Dabei ist es doch gar nicht notwendig, weiteren Parkraum in der Innenstadt zu schaffen. Insbesondere deshalb nicht, weil kaum 200 Meter vom künftigen „McKress“ die städtische Tiefgarage an der Brüder-Walburger-Wallstraße ein Dornröschen Dasein führt und häufig völlig ungenutzt ist.

Für DIE LINKE steht fest: Wenn das eigentlich überflüssige Kress-Mode-Center kommt, darf die Anzahl der aktuellen Parkplätze nicht erhöht werden, damit es in der Innenstadt nicht zu einem Verkehrsinfarkt kommt.

## Erfolg der LINKEN: SoestPass wird eingeführt

**SOEST** Eine der zentralen Forderungen im Kommunalwahlkampf 2009 war für DIE LINKE der SoestPass. Es war mühselig für die HARTZ IV Betroffenen, bei jeder Einrichtung, die eine Vergünstigung gewährte, den Nachweis zu bringen, dass man tatsächlich HARTZ IV bezog. Es war nicht nur lästig, sondern auch unangenehm, fremde Leute über die eigene Lebenssituation informieren zu müssen.

### Gegen Stigmatisierung

Aber das ändert sich nun, der SoestPass wird in Soest eingeführt und zwar genau so, wie es DIE LINKE in ihrem Kommunalwahlprogramm vorgesehen hat.

In allen städtischen Einrichtungen, in denen es Vergünstigungen gibt, wird nach Vorlage des SoestPass diese Vergünstigung gewährt. Dazu gehören die Stadtbücherei, die Volkshochschule, die Museen und möglicherweise das Aquafun.

„Der SoestPass ist noch relativ einfach einzuführen, da er der Stadt noch nichts kostet und nur Angebote zusammenfasst, die es schon gibt,“ erklärt Iris Fenzlein, Ratsfrau der LINKEN. „Es wäre aber schön, wenn sich künftig auch nicht-städtische Veranstalter und Einrichtungen wie zum Beispiel die Musikschule oder das Bürgerzentrum dazu entschließen könnten, den Soestpass als Grundlage für eigene Vergünstigungen zu nutzen.“

Da der SoestPass nicht nur an HARTZ IV Betroffene ausgegeben wird, sondern auch an kinderreiche Familien, Familien mit einem behinderten Kind und Seniorinnen und Senioren ist der SoestPass nicht mit einem Stigma behaftet. Niemand wird bei Vorlage des Passes wissen, zu welcher Gruppe der oder diejenige gehört.

### Sozialticket fehlt noch

„Es ist schon ein schönes Gefühl, wenn die eigene Wahlkampforderung 1:1 vom Stadtrat beschlossen wird“, so Winfried Hagenkötter, Fraktionsvorsitzender und Direktkandidat im Landtagswahlkampf.

„Aber wir dürfen uns darauf nicht ausruhen. Was jetzt wirklich noch fehlt ist ein Sozialticket, am besten landesweit. DIE LINKE. NRW fordert ein Sozialticket für maximal 15 Euro pro Monat. Wir wollen Mobilität für alle!“



### DIE LINKE. Ortsverband Soest

Versammlungen der Soester LINKEN

Interessierte sind herzlich willkommen!

Mittwoch 23.05.12 um 19:30 Uhr  
Mittwoch 27.06.12 um 19:30 Uhr  
jeweils in der Thomästraße 11



Kontakt Ortsverband:  
Iris Fenzlein  
Telefon 02921 84006  
iris.fenzlein@die-linke-soest.de

Kontakt Ratsfraktion:  
Winfried Hagenkötter  
Telefon 02921 5901059  
winfried.hagenkoetter@die-linke-soest.de

Öffnungszeiten der Kreisgeschäftsstelle in der Thomästraße 11:  
l. d. R. Mo-Do 16:15 bis 18:00 Uhr







## Geseker LINKE für barrierefreien Bahnhof

**GESEKE** Der Bauausschuss des Geseker Rates votierte am 22. 11. 2011 gegen Personenaufzüge am Bahnhof. Damit bleibt ein barrierefreier Zugang zu den Gleisen weiter unmöglich. Während eines Ortstermins des Bauausschusses vor der Sitzung demonstrierten drei Mitglieder der Geseker Basisgruppe der LINKEN, die mit einem großen Banner zum Bahnhof gekommen waren, für die barrierefreie Zugänglichkeit des Bahnhofes per Aufzug.

Seit Jahren wünschen sich Seniorinnen und Senioren, behinderte Menschen, Eltern mit Kinderwagen einen barrierefreien Weg zum Gleis 2 am Geseker Bahnhof. Hierzu sind 2 Aufzüge notwendig oder eine Rampenlösung ähnlich wie in Ehringhausen. Am Geseker Bahnhof könnte bereits ein Aufzug gebaut worden sein: Das Land hat schon 2010 Fördermittel in Höhe von 690.000 Euro für die Barrierefreiheit des heimischen Bahnhofes bereitgestellt. Diese Gelder mussten bis zum 31. Dezember 2011 abgerufen werden.

Reaktion der Stadt darauf: erst mal eine Machbarkeitsstudie in Auftrag

geben und auf die Ergebnisse warten. Schließlich lehnten alle Fraktionen einstimmig die Aufzulösung ab. Und die Fördermittel sind futsch!!

Sicherlich sind die Unterhaltskosten für so einen Aufzug nicht unerheblich, aber diese Gelder wären für die Gewährleistung der notwendigen Mobilität für alle Menschen gut angelegt. Auch für eine Rampenlösung will die Stadt kein Geld ausgeben.

Kein Weg für  
RollstuhlfahrerInnen  
zum Gleis 2



## Genug gekürzt: Rettet die Kommunen!

**WERL** Die Stadt Werl ist überschuldet. Jede oder jeder in Werl vom Baby bis zum Greis trägt rechnerisch eine schwere Hypothek von 4.500 Euro kommunale Schulden. Je ein Viertel der Schulden trägt der normale städtische Haushalt und der Kommunalbetrieb Werl (KBW) dazu bei. Die Hälfte macht der Überziehungskredit von über 73 Millionen Euro aus.

Die Überschuldung vieler Kommunen in NRW ist nicht in erster Linie selbst verschuldet. Sie ist Folge von neuen Pflichtaufgaben ohne entsprechende Finanzierung sowie von Mindereinnahmen aufgrund von steuerpolitischen Fehlentscheidungen von Bund und Land.

In erster Linie ist der Bund gefordert mehr Geld für die gesetzlichen Leistungen, die die Kommunen erbringen, nach unten weiterzugeben. Der Bund macht stattdessen eine skandalöse Steuerpolitik für Reiche, führt Kriege, rettet Banken und lässt gleichzeitig die Kommunen am ausgestreckten Arm verhungern.

Aber auch das Land steht in der Pflicht. Um die strukturelle Haushaltslücke der Kommunen zu schließen, ist es dringend notwendig, die finanziellen Mittel für den kommunalen Finanzausgleich zu erhöhen. Schließlich lag der Verbundsatz, der Anteil der Steuern den die Kommunen bekommen, 1981 noch bei 28,5 % und wurde im Laufe der Zeit auf nur noch 23 % reduziert. DIE LINKE im Landtag NRW hat beantragt den Verbundsatz wieder zu erhöhen.

### „Stärkungspaktgesetz“ schwächt die Kommunen

Das von der rot-grünen Landesregierung beschlossene „Stärkungspaktgesetz“ verspricht Kommunen wie Werl die dringend benötigte Hilfe. Im Gegenzug werden Werl aber drastische Kürzungsprogramme auferlegt werden. Widerstand der Bürgerinnen und Bürger gegen das Ausbluten von Werl, gegen die Schließung weiterer öffentlicher Einrichtungen, gegen Arbeitsplatzabbau, Privatisierungen und Gebührenerhöhungen ist nötig!

Mehr Geld für die Kommunen gibt es durch den „Stärkungspakt“ nicht.

Was Werl mehr bekommt, werden andere Kommunen in NRW weniger bekommen. DIE LINKE fordert die Einrichtung eines Entschuldungsfonds für finanzschwache Kommunen, bei dem das Land den finanziellen Grundstock einbringt.

Marode Schulen, zu wenige Kita-Plätze, Schlaglöcher in den Straßen, ... Ausreichende Mittel für die Kommunen werden nicht garantiert, aber für eine dreiste Diätenerhöhung um 500 Euro pro Monat, dafür garantieren SPD, GRÜNE und CDU. Die Art und Weise der Streitereien um teure Ehrenringe im Stadtrat ist peinlich! Es sollte ausreichen langjährige Ratsmitglieder mit einer Urkunde zu ehren. Weder von der Landesregierung noch im Stadtrat werden die wahren Sorgen und Nöte der Werlerinnen und Werler angegangen.

Werl ist ein sozialer Brennpunkt. Die Kaufkraft ist unterdurchschnittlich. Viele Familien in Werl leben von Hartz IV. Die Einwohnerzahl geht zurück. Es gibt viele Langzeitarbeitslose und Entlassungen in Werler Betrieben haben die Lage weiter verschlimmert. Kürzungsprogramme wären Öl ins Feuer gießen.

Die Kommunen in NRW, insbesondere Werl, brauchen statt dessen ein Konjunkturprogramm. Sie sind für 70 Prozent der öffentlichen Investitionen zuständig. Dafür brauchen sie eine angemessene Finanzausstattung! Es muss Investitionspauschalen für die Kommunen aus Bundes- und Landesmitteln geben.

DIE LINKE. Basisgruppe Werl streitet gegen Sozialabbau und will eine transparente Haushaltspolitik. Die Werlerinnen und Werler müssen mehr in politische Entscheidungen einbezogen werden.

### DIE LINKE. Basisgruppe Werl

Offene Treffen:  
**4. Mai** und **13. Juni** 2012  
jeweils 19:30 Uhr im Werlinger,  
Grafenstraße 27

Kontakt:  
Cornelia und Jörg Wiberg  
Telefon 02922 4701  
joerg.wiberg@googlemail.com

## Eine Gesamtschule für Geseke!

**GESEKE** In keinem Industrieland der Welt hängt die Bildung der Kinder so stark vom Bildungsstand und vom Geldbeutel der Eltern ab. In der Regel kommen Akademikerkinder aufs Gymnasium. Arbeiterkinder haben selbst bei gleichem Niveau in Lesen und Mathematik weit weniger Chancen. Das Bildungssystem verwehrt insbesondere auch Kindern von Migrantinnen und Migranten Chancengleichheit und gleiche Teilhabe an Bildung. Eine Mehrheit der Deutschen ist gegen die Aufteilung nach der vierten Klasse und fordert längeres gemeinsames Lernen. Bundesweit demonstrierten hunderttausend Schülerinnen und Schüler im Rahmen des Bildungsstreiks für kleinere Klassen und „Eine Schule für alle“. Sie protestierten gegen Kopfnoten, Bildungsprivatisierung und den Stress durch die Umstellung auf das Turboabitur „G8“.

DIE LINKE. Basisgruppe Geseke tritt für das Recht auf gebührenfreie und gute Bildung für alle Kinder und Jugendlichen ein. Das Schulsystem muss grundlegend reformiert werden. Wir fordern „Eine Schule für alle“, um die soziale Auslese im Schulsystem zu beenden und die Fähigkeiten jedes und jeder

einzelnen Jugendlichen zu fördern. Wir fordern als ersten Schritt die Gründung einer Gesamtschule für Geseke! DIE LINKE will kleinere Klassen, mehr Ganztagschulen, mehr Lehrerinnen und Lehrer sowie mehr sozialpädagogische Arbeit an den Schulen. Mit dem sogenannten „Schulkompromiss“ von CDU, SPD und GRÜNEN wird das gegliederte und aussondernde Schulsystem zementiert. Während andere Bundesländer in den vergangenen Jahren die Zahl der Schulformen reduzierten, kommt in Nordrhein-Westfalen noch eine weitere hinzu.

### DIE LINKE. Basisgruppe Geseke

Treffen der Geseker LINKEN

*Interessierte sind herzlich  
willkommen!*

Donnerstag 10.05.12 um 19 Uhr  
Donnerstag 14.06.12 um 19 Uhr  
jeweils in der Stiftsklausen,  
Überwasser 4

Kontakt:  
Manfred Bartmeier  
Telefon 02942 6342  
manfred-bartmeier@t-online.de



## Mauer der Ignoranz

**KREISTAG** CDU, FDP, BG schaffen es nicht, einer Resolution zuzustimmen, die sogar extra mit dem zuständigen Referatsleiter des Kreis Soest abgestimmt war.

Alle Bemühungen sind gescheitert, vom Soester Kreistag ein positives Signal in der Bleiberechtsregelung auszusenden. Etliche andere Kommunen haben eine, sogar weitergehende Resolution auch mit den Stimmen von CDU, FDP und BG problemlos verabschiedet.

2009 ist eine Resolution mit der jetzigen und weiteren Forderungen problemlos durchgegangen, heute stellt sich die CDU hin und behauptet, der Kreistag dürfe keine Resolution verabschieden. Die Rechtslage hat sich aber nicht verändert!

Leidenschaftliche Reden der Sozialausschussvorsitzenden Susanne Helferich (SPD), Ilona Kottman-Fischer (GRÜNE) und dem Fraktionsvorsitzenden von „DIE LINKE und DIE SO!“ Manfred Weretecki prallten an einer Mauer der Ignoranz ab.

Dabei geht es in der Soester Resolution lediglich darum, einen Appell an Landes- und Bundesregierung zu senden. Dieser beinhaltet die Bleiberechtsregelung so zu gestalten, dass Kettenduldungen vermieden werden und die leidige Stichtagsregelung endlich wegfällt. Im Kreis Soest sind hiervon 278 Menschen betroffen, die länger als 6 Jahre bei uns leben.

Sie leben in völliger Unsicherheit. Ihre Zukunft ist ungewiss. Sie haben keine dauerhafte Perspektive, müssen ständig bangen abgeschoben zu werden, da sie immer nur kurzfristige Duldungen bekommen können.

Die jetzige Resolution bezieht sich auf die noch nicht umgesetzten Teile der Resolution von 2009, die damals mit den Stimmen aller Parteien auf den Weg gebracht wurde. Diese Forderung wird auch vom Ausländeramt im Kreis Soest unterstützt, nur leider nicht von den jetzigen Vertretern von CDU, FDP und BG im Kreistag!

### DIE LINKE. Ortsverband Warstein

Treffen der Warsteiner LINKEN

*Interessierte sind herzlich willkommen!*

Donnerstag 24.05.12 um 20 Uhr  
Donnerstag 28.06.12 um 20 Uhr  
jeweils im Gasthof Hoppe,  
Lanfer 62, Warstein-Belecke

Kontakt:  
Hans-Otto Spanke  
Telefon 02902 51743  
h.o.spanke@t-online.de



## Explosionen und heimliche Erfolge

**WARSTEIN** Eigentlich müssten wir stolz sein, dass wir die CDU immer wieder zu Anträgen inspirieren, langsam wird es aber lästig!

Das sieht im übrigen auch Robert Bigge, BG-Kreistagsmitglied, so. Auf einer BG-Mitgliederversammlung sagte er: „Wir danken der Fraktion DIE LINKE, dass sie durch ihren erneuten Vorstoß mit voller Unterstützung der BG, das Thema im Kreisumweltausschuss auf den Tisch gebracht hat, der in den von den großen Fraktionen formulierten Antrag gemündet ist.“ Bigge stellt heraus: „Der Antrag der LINKEN wurde vor einem Jahr vom Tisch gewischt und dann umformuliert von der CDU wieder neu aufgelegt.“

Erinnert sei an unseren Antrag zum Regionalplan, in dem wir das Wort „dauernd“ streichen wollten, um zu erreichen, dass man bei Austritt von Grundwasser nach Sprengungen, nicht erst diskutieren muss, was „dauernd“ ist, ein Tag, eine Stunde oder sonst was sondern klar definiert ist: Wenn Grundwasser austritt, ist sofort mit dem Abbau aufzuhören! Im Kreistag wurde von der CDU dagegen gestimmt, war ja ein Antrag

von der LINKEN.

Ein ähnlicher Antrag der LINKEN wurde von der Tagesordnung der Beiratssitzung des Lörmecke Wasserwerkes genommen. Einige Wochen später erfolgte dann doch der Beschluss im Lörmecke-Aufsichtsrat. Hier ist der Aufsichtsratsvorsitzende ja auch von der CDU!

In der Umweltausschuss-Sitzung des Soester Kreistages am 7. Februar 2012 sollte unser Antrag nach Düsseldorf weggeschoben werden, jetzt versucht man es mit der Bezirksregierung. Hauptsache die Verantwortung weitergeben, ja keine Klage der Steinindustrie riskieren!

DIE LINKE meint: Der Kreis Soest hat die Verantwortung hier zu handeln, sich aus der Verantwortung zu stehlen, bringt Warstein nicht weiter!

Das wollten aber weder CDU noch Verwaltung hören, vielmehr sprachen sie davon, dass die Steinindustrie noch Grundstücke gepachtet hätte, die den Steinabbau für die nächsten 100 Jahre garantieren würden.

Dass Steinflug nicht ausgeschlossen werden kann, haben doch die letzten Ereignisse bewiesen. Der zuständige Kreismitarbeiter hat klar ausgesagt, dass alle Auflagen erfüllt waren. Trotzdem kam es zum Sprengunfall! Hier hilft nur, mit dem Sprengen aufzuhören, zumindest wenn man so nah an der Bebauung ist wie bei diesem Sprengunfall!

Zur Erinnerung: Anfang 2012 kam es bei einer Sprengung der Firma Brühne in einem Steinbruch zu einem Steinflug, die Gebäude eines Landwirtes wurden beschädigt. Zum Glück nicht mehr! Noch nicht?

DIE LINKE in Warstein und im Kreis kämpft gegen den Steinabbau, der das Trinkwasser und die Bevölkerung in Warstein gefährdet.

Die Grundwasserfassung im Warsteiner Massenkalk versorgt über 100.000 Einwohner im südlichen Soester Kreisgebiet mit Trinkwasser.

*Manfred Weretecki,  
Vorsitzender DIE LINKE. Kreis  
Soest und Fraktionsvorsitzender  
im Kreistag*

### Impressum

Herausgeber: DIE LINKE. Kreisverband Soest, Thomästraße 11, 59494 Soest, Telefon 02921 6710633

V.i.S.d.P.: Manfred Weretecki, Kreisvorsitzender (manfred.weretecki@t-online.de)

Redaktion: Elisabeth Umezulike, Michael Bruns (Satz & Layout), Martin Rediker

Bildnachweise: DIE LINKE, privat, Seite 1 und 8 (Blattmännchen) Christel Spanke, Seite 4 (oben links) Gerd Altmann / pixelio.de, Seite 4 (Casino) violinha / flickr.com, Seite 4 (Einkaufswagen) MightyPirateThreepwood / flickr.com, Seite 6 (Werl) Mark Max Henckel / flickr.com, Seite 7 (GHS-Piktogramm) Vereinte Nationen, Torsten Henning / wikipedia.org, Seite 8 (Gysi) dielinkebw / flickr.com, Seite 8 (Yvonne Ploetz) Okami-san / wikipedia.org, Seite 8 (Schweinchen) Rike / pixelio.de

Redaktionsschluss für diese Ausgabe: 27.03.2012

Druck und Auflage: Nordost-Druck GmbH, 30.000 Exemplare





## Die Spitzen-KandidatInnen stellen sich vor

Die KandidatInnen (v.l.): Bärbel Beuermann (Listenplatz 3), Winfried Hagenkötter (Altkreis Soest), Manfred Weretecki (Altkreis Lippstadt & Warstein, Listenplatz 24), Katharina Schwabedissen (Listenplatz 1) und Wolfgang Zimmermann (Listenplatz 2)

**Fr. 20. April, 19:30 Uhr, Thomästraße 11, Soest**

**Di. 24. April, 19:30 Uhr, Kasino, Südstraße 21, Lippstadt**

## Dr. Gregor Gysi kommt!



### Sonntag 29. April

**11 Uhr Markt in Soest**

**15 Uhr Rathausplatz in Lippstadt**



### Infostände zur Landtagswahl

LIPPSTADT: Samstags 21.4. bis 12.5. ab 10 Uhr in der Langen Str. („Woolworth“)  
SOEST: Samstags 21.4. bis 12.5. ab 10 Uhr in der Brüderstraße („Müller“)  
Infostände in Geseke, Werl, Warstein, ...  
siehe: [www.die-linke-kreis-soest.de](http://www.die-linke-kreis-soest.de)



**1. Mai**

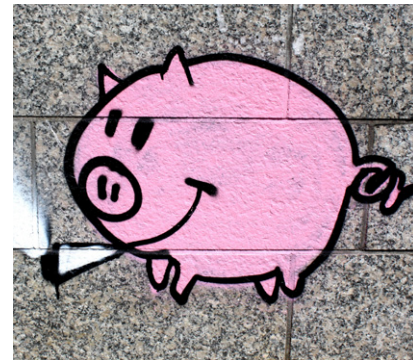
### Internationaler Kampftag der Arbeiterklasse

DGB-Kundgebung in Lippstadt auf dem Rathausplatz mit einem Infostand der AG „betrieb & gewerkschaft“ der LINKEN  
Dienstag, **1. Mai** 2012, ab 11 Uhr

### Frauenpower mit MdB Yvonne Ploetz



**Diskussion mit Links**  
mit der frauenpolitischen Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag  
**MdB Yvonne Ploetz**  
Donnerstag **31. Mai** 2012, 19:30 Uhr, Thomästraße 11, Soest



### Diskussion mit LINKS Freigabe von Drogen: unverantwortlich?

**Diskussion mit Links**  
mit dem drogenpolitischen Sprecher der Linksfraktion im Bundestag  
**MdB Frank Tempel**  
Montag **4. Juni** 2012, 19:30 Uhr, Kasino, Südstraße 21, Lippstadt



## Linke Geister inspirieren das Land.



Bei uns können Sie Visionen haben und niemand schickt Sie zum Arzt.

Mitmachen!  
Mitglied werden!

Telefon 02921 6710633

[www.die-linke-kreis-soest.de](http://www.die-linke-kreis-soest.de)



- JA**
- Ich möchte mehr Infos.
  - Ich möchte zu Veranstaltungen eingeladen werden.
  - Ich möchte Mitglied werden.

Deine Angaben werden in den Gliederungen der Partei DIE LINKE entsprechend den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) gespeichert, verarbeitet, übermittelt und aufbewahrt. Mit Deiner Unterschrift erklärst Du dazu dein Einverständnis.

Name, Vorname \_\_\_\_\_ Telefon/Mobil \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_  
 Straße, Hausnummer \_\_\_\_\_ E-Mail-Adresse \_\_\_\_\_  
 PLZ, Ort \_\_\_\_\_ Geburtsdatum \_\_\_\_\_

Bitte ausgefüllt senden an:  
**DIE LINKE. NRW**  
 Corneliusstr. 108  
 40215 Düsseldorf